

Aufgrund der beschriebenen komplexen Aufgaben, die im Umgang mit dem sensiblen Rechtsbereich des grundgesetzlich geschützten Elternrechtes angesiedelt sind, ist in besonderer Weise sicherzustellen, dass die öffentliche Jugendhilfe in der Ausübung des staatlichen Wächteramtes entsprechend dem Verhältnismäßigkeitsprinzip handelt. Die dafür notwendigen Qualitätsstandards müssen daher gemeinsam weiterentwickelt und stets einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, um sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse als auch die berlin- und bundeseinheitlichen Standards zum Kinderschutz in die Verfahren einbeziehen zu können.

Rundschau

► Allgemeines

Soziales bürgerliches Engagement stärken. In einem kürzlich verabschiedeten Eckpunktepapier erklärte der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV), dass soziales bürgerliches Engagement im Gemeinwesen eine besondere und zunehmende Bedeutung für die Daseinsvorsorge hat und die Qualität der Sozialen Arbeit spürbar erhöht. Sozial engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen erheblich dazu bei. „Der Deutsche Verein unterstützt die Bemühungen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, kommunalen Verwaltungen und anderer Organisationen vor Ort, die Bürgerinnen und Bürger bei sozialen Aufgaben einzubeziehen und stärker als bisher zu fördern. Allerdings soll bürgerschaftliches Engagement sozialstaatliches Handeln nicht ersetzen, sondern ergänzen“, betonte Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins. „Pflege und Altenhilfe sind schon heute ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Auch Kindertagesstätten und Schulen arbeiten sehr erfolgreich mit freiwillig Engagierten zusammen, zum Nutzen aller Beteiligten.“ *Quelle: Pressemitteilung des DV vom 2. Oktober 2008*

Partizipative Kommune. Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Von Hans-Ludger Dienel und anderen. Hrsg. nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH. Selbstverlag. Berlin 2008, 102 S., kostenlos *DZI-D-8380*

Das Projekt „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ lief in der Zeit vom September 2006 bis zum Dezember 2007 und sollte der Frage nachgehen, welche Faktoren die Zusammenarbeit der Sektoren öffentliche Verwaltung, bürgerschaftliches Engagement und Wirtschaft in kleineren Städten Ostdeutschlands stärken und verbessern. Für interessierte Kommunen sind die Ergebnisse nun in diesem Leitfaden zusammengefasst, in dem verschiedene Handlungsempfehlungen und Ansätze der Kooperation vorgestellt werden. Die Arbeit beruht auf einer Sekundäranalyse bisheriger Studien, Experteninterviews und einer empirischen Untersuchung zweier Modellgemeinden in Thüringen und Brandenburg. Bestelladresse: nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH, Otto-Suhr-Allee 59, 10585 Berlin, Tel: 030/318 054-63, Fax: 030/318 054-60

Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit“. Mit einem Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ will das Arbeitsministerium des Bundeslandes Betriebe dabei unterstützen, sich auf älter werdende Belegschaften einzustellen. Eine erste Einrichtung fördert die Landesregierung mit rund einer Mio. Euro. Angesichts eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels wird es immer wichtiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so lange und so gesund wie möglich im Arbeitsleben zu halten, das

vorhandene Fachkräftepotenzial zu nutzen und für eine ausreichende Nachfolge zu sorgen. Das Kompetenzzentrum soll als Anlaufstelle dienen und den Betrieben mit Informationen, Beratung und konkreten Maßnahmen zur Seite stehen. Es soll alle Stellen miteinander vernetzen, die sich mit dem Thema zukunftsfähige Arbeit beschäftigen. So wird eine landesweite Kooperationsplattform aufgebaut, die Einrichtungen, Betrieben, Betriebsräten und Beschäftigten als Servicestelle zur Verfügung steht. *Quelle: Presse-dienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen von Rheinland-Pfalz 151-2/08*

Ausschluss oder Teilhabe. Rechtliche Rahmenbedingungen für Geduldete und Asylsuchende – ein Leitfaden. Aktualisierte Auflage 2008. Von Joachim Genge und Imke Juretzka. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2008, 31 S., Portokosten *DZI-D-8312*

Dieser Leitfaden erläutert die geltenden juristischen Rahmenbedingungen für in Deutschland lebende Flüchtlinge mit Duldung und für Asylsuchende anhand von Fallbeispielen. Auf eine kurze Darstellung relevanter Zahlen und Fakten folgt eine Beschreibung der gesetzlichen Bestimmungen, die den Aufenthalt und den Zugang zu Arbeit und Ausbildung regeln. Zum Beispiel sind Jugendliche mit unsicherem Aufenthaltsstatus von weiterführenden Bildungs- und Ausbildungsgeschenken häufig ausgeschlossen. Die Handreichung enthält auch Informationen zum Sozialrecht und gibt allen, die mit Flüchtlingen arbeiten, einen Überblick über die jeweiligen Leistungsansprüche und die geltende Rechtslage. Bestelladresse: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Straßburger Straße 56, 10405 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 57, E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.verwalt-berlin.de

► Soziales

Grundsicherung. In Deutschland erhielten zum Jahresende 2007 rund 733 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Insgesamt bezogen damit 1,1 % der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung. Gegenüber dem Vorjahr wuchs die Zahl der Hilfebeziehenden um rund 51 000 Personen (+ 7,4 %). Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439 000 Grundsicherungsempfängende gemeldet wurden, ist ein Anstieg um rund 67 % zu verzeichnen. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1. Januar 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Seit dem 1. Januar 2005 werden diese Leistungen nach dem vierten Kapitel des Sozialgesetzbuches XII („Sozialhilfe“) gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, die dauerhaft erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Es bezogen 1,2 % der Frauen und 1,0 % der Männer ab 18 Jahren die Leistungen der Grundsicherung. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 408/08*

Hilfe in der Nachbarschaft. In Franken helfen 116 Männer und Frauen ehrenamtlich den Kundinnen und Kunden der Deutschen Rentenversicherung beim Ausfüllen von Anträgen und stehen mit Rat und Tat als Kontaktpersonen zur Deutschen Rentenversicherung Nordbayern zur Verfügung.

Aus den ehemals „Versichertenältesten“ sind nunmehr dem Namen nach „Versichertenberater“ geworden. Der neue Name soll die Beratungsfunktion noch stärker unterstreichen. Geblieben ist ein weltweit einmaliges System, mit dem die soziale Selbstverwaltung als „Parlament und Regierung“ der Rentenversicherung Lebenserfahrung und Hilfe in der Nachbarschaft als Unterstützung im Umgang mit der Altersvorsorge anbietet. Weil die Altersvorsorge langfristig wirkende Entscheidungen verlangt und dabei viel Vertrauen im Spiel ist, kennt die gesetzliche Rentenversicherung seit Jahrzehnten die Versichertenältesten. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern vom September 2008*

Alterseinkommen – Altersarmut. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Hrsg. Volksolidarität Bundesverband e.V., Bundesgeschäftsstelle. Selbstverlag. Berlin 2008, 20 S., EUR 3,50 *DZI-D-8384* Altersarmut entwickelt sich immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem, denn die Armutgefährdung breiter Bevölkerungsschichten wird sich auch in deren künftigen Renten niederschlagen. Mit diesem Thema befasst sich die vorliegende Studie, die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg erstellt wurde. Sie beschreibt die Einzelheiten der Rentensituation in Ostdeutschland und gibt einen Überblick über die Alterseinkommen aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Vorsorge. Diskutiert werden zudem auch die Nachteile der Frauen im Hinblick auf das Renteneinkommen und die Folgen der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Darüber hinaus enthält die Handreichung Vorschläge zur Reform des Rentensystems. Bestelladresse: Volkssolidarität BV e.V., Bundesgeschäftsstelle, Alte Schönhauser Str. 16, 10119 Berlin, Tel. 030/278 97-0, Fax: 030/27 59-39 59, E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de

Heimtierhaltung in der Strafanstalt. Seit rund 70 Jahren ist der Umgang mit Tieren in der schweizerischen Männerstrafanstalt Saxerriet selbstverständlich. Die ungefähr 130 Insassen bewirtschaften einen Gutshof mit Kühen, Schweinen und Pferdezucht. In den 1980er-Jahren kamen Katzen hinzu, von denen sich die Verantwortlichen vor allem positive Wirkungen auf Verhalten und Verantwortungsgefühl der Strafgefangenen versprochen. Mit der Aufsicht und Sorge für das Wohlergehen übernehmen diese die Verantwortung für die Tiere. Bewährt sich ein Häftling in der Haltung, kann er seine Katze bei der Entlassung mitnehmen. Den Erfolg des Projektes belegte nun eine Umfrage im Rahmen einer Diplomarbeit im Lehrgang „Tiergestützte Therapien und Aktivitäten“ am Institut für angewandte Ethologie und Tierpsychologie in der Schweiz. Die Häftlinge gaben an, dass sie dank des Tieres besser mit ihrer Einsamkeit umgehen könnten und froh seien, auf diesem Weg auch offen Gefühle zeigen zu können. Die Leitung der Haftanstalt profitiert ebenfalls von dem Projekt, denn trotz des strikt regulierten Alltags konnte das Verantwortungsgefühl der Insassen gesteigert werden, denn sie lernten, sich verstärkt um verschiedene Belange zu kümmern. *Quelle: Mensch & Tier 2.2008*

► Gesundheit

Case Management gewinnt an Bedeutung. Im Zuge der Ökonomisierung im Gesundheitswesen erhält das

Case Management zunehmende Relevanz. Nicht zuletzt durch die Aufnahme des Versorgungsmanagements (§ 11 Abs. 4 Sozialgesetzbuch V) in das Krankenversicherungsrecht wird der Anspruch auf passgenaue Anschlussversorgung auch gesetzlich geregelt. In einem Positionspapier definiert die Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) Anwendungsbereich und Funktionsweise von Case Management. In Anlehnung an die Rahmenempfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Case und Care Management ist das Verfahren dann angezeigt, wenn im individuellen Fall eine komplexe Bedarfs- und Bedürfnissituation vorliegt, mehrere Beteiligte einbezogen sind und Regelversorgungspfade nicht greifen. Case Management soll sowohl bei der Bewältigung problematischer Situationen Hilfestellung bieten als auch die Steuerung der Prozesse im Sinne einer Optimierung der Versorgungsstrukturen unterstützen. Das Positionspapier ist unter www.dvsg.org abrufbar. Quelle: Pressemitteilung der DVSG vom November 2008

Alter Tage schwere Last. Trauer und Depression im Alter. Hrsg. Gerhard Nübel und andere. Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 2008, 122 S., EUR 18,- *DZI-D-8361* Was sind die Ursachen für die Häufigkeit depressiver Erkrankungen bei älteren Menschen und wie können diese diagnostiziert und therapiert werden? Auf welche Weise können Seniorinnen und Senioren ihre Fähigkeiten und Kompetenzen in das gesellschaftliche Leben einbringen? Mit diesen und ähnlichen Fragen befasste sich das zwölftes Gütersloher Gerontopsychiatrische Symposium, dessen Beiträge in diesem Band zusammengestellt sind. Fachleute aus den Bereichen Medizin, Psychiatrie und Pflege vermitteln Einsichten in verschiedene Facetten des Themas, wie zum Beispiel in Aspekten der Sinnfindung und Religion, die positive Wirkung von Humor und Musik und die spezifischen Konzepte britischer Tageskliniken als Wege aus der depressiven Krise.

Impfschutz. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts haben nur 60 % der Erwachsenen in Deutschland einen ausreichenden Impfschutz. Impfungen aus der Kindheit, zum Beispiel gegen Tetanus oder Diphtherie, werden demnach nicht ausreichend aufgefrischt, dies ist aber alle zehn Jahre nötig. Durch die Impfungen aus jungen Jahren besteht zwar ein Grundschutz, dieser hält jedoch nicht ein Leben lang an. Diphtherie und Tetanus sind zwar wegen der frühen Schutzimpfungen selten geworden, jedoch nicht vollständig besiegt. Quelle: Die BKK, Zeitschrift der Betrieblichen Krankenversicherung, 9.2008

Selbsthilfepreis 2009. Unter dem Motto „Es ist egal, wie man sich bewegt. Entscheidend ist, was man bewegt!“ steht die Ausschreibung des Selbsthilfepreises 2009. Dieser wird vom Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. zum zweiten Mal ausgeschrieben. Anlass ist das 50-jährige Bestehen des Verbandes. Mit dem Preis sollen Initiativen und Aktivitäten ausgezeichnet werden, die beispielhaft und anregend für die Selbstvertretung und Selbsthilfe behinderter Menschen und von Familien mit behinderten Kindern sind. Der Bundesverband möchte auf diese Weise das ehrenamtliche Engagement seiner Gruppen und Vereine würdigen und fördern. Angesprochen sind auch unabhängige Initiativen, in deren Projekten ge-

genseitige Hilfe, Unterstützung und die gemeinsame Umsetzung der Angebote im Vordergrund stehen. Bewerbungsunterlagen sind an den Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf zu senden, Tel.: 02 11/640 04-21, E-Mail: anne.ott@bvkm.de, Internet: www.bvkm.de. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2009

Bahnhofsmission. Die deutschen Bahnhofsmissionen registrieren immer mehr psychisch Kranke. In den Jahren von 2003 bis 2007 hat sich die Zahl dieser Hilfesuchenden von 155 000 auf knapp 170 000 erhöht. Insgesamt suchten im Jahr 2007 wie schon im Vorjahr rund 2,3 Mio. Menschen Hilfe bei einer der 99 Bahnhofsmissionen. Wichtige Gründe waren soziale Schwierigkeiten, Sucht, Wohnungsnot, Armut und Einsamkeit. Die Bahnhofsmission beschäftigt bundesweit 200 hauptamtliche und 2 000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 10.2008

► Jugend und Familie

Verein zur Etablierung der Einzelvormundschaft (VEE) e.V. In der Fachwelt wird seit Längerem bemängelt, dass Kindern in Gerichtsverfahren zwar häufig eine Verfahrenspflegschaft zugewiesen wird, um sicherzustellen, dass ihre eigenständigen Interessen im Verfahren berücksichtigt werden, diese Pflegschaft jedoch mit dem Verfahren endet. Bei einem möglichen Entzug der elterlichen Sorge werden dann häufig Amtsvormünder für die betroffenen Kinder bestellt, die bis zu 250 Fälle zu verwalten haben. Dies bedeutet für die Betroffenen, dass sie ihren Vormund oft nicht kennen, dass sich die Grenzen zwischen Vormund und Jugendamt verwischen und die Kinder keine Person haben, die sich für ihre Interessen einsetzt. VEE e.V. wurde gegründet, um Kinder und Jugendliche nicht nur in Familiengerichtsverfahren zu stärken. So können Berufs- vormünder, Verfahrens- sowie Ergänzungspflegerinnen und -pfleger, die willens sind, sich regelmäßig weiterzubilden, sich zu vernetzen und auszutauschen, mit Hilfe des VEE-Qualitätsregisters ihre Kompetenz durch Supervision erweitern und sich den verantwortlichen Richtern und Richterinnen zur Verfügung stellen. VEE e.V. wurde im März 2008 gegründet und im September als gemeinnütziger Verein eingetragen. Informationen: VEE e.V., Taunusstraße 40, 65835 Liederbach, Tel.: 069/ 33 99 69 94, E-Mail: ffm@vee-ev.de, Internet: www.vee-ev.de

Schützen – Helfen – Begleiten. Handreichung zur Wahrnehmung des Schutzauftrags der Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag. München 2008, 166 S., kostenlos *DZI-D-8425* Kindeswohlgefährdung kennt viele Erscheinungsformen und entsteht durch Vernachlässigung, Misshandlung, sexuelle Gewalt oder Konflikte zwischen den Erziehungsberechtigten. Die Kinder zu schützen ist Aufgabe der Jugendhilfe, deren Fachkräfte mit dieser Veröffentlichung handlungsleitende Orientierungen und praxisgerechte Arbeitshilfen erhalten. Neben aktuellen statistischen Daten werden verschiedene Verfahren der Diagnostik und Intervention vorgestellt. Ein weiteres Thema sind die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Institutionen wie Jugendämtern, Schulen, Kinderkliniken und Polizei, wobei auch Fragen im

Zusammenhang mit Datenschutz, Fortbildung, Beratung und Personalausstattung erörtert werden. Bestelladresse: ZBFS – Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-04, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de, Internet: www.blja.bayern.de

Heimerziehung: Aus der Geschichte lernen. Aus Sicht des Evangelischen Erziehungsverbandes (EREV) ist es anlässlich der aktuellen Berichte über Misshandlungen in kirchlichen Kinderheimen in den 1950er- und 1960er-Jahren unabdingbar, aus der Geschichte zu lernen. Das erlittene Unrecht der Opfer in der Heimerziehung dieser Zeit ist anzuerkennen, das Leid ist nicht zu relativieren. Eine pauschale Kritik an „systematischen Misshandlungen“ bringt wiederum die Gefahr mit sich, alle damals in der öffentlichen Erziehungshilfe Mitwirkenden zu Opfern falscher Verdächtigungen zu machen. Es gilt, Strukturen entgegenzuwirken, die Gewalthandlungen an Kindern und Jugendlichen, ermöglichen. Aus der bisherigen Erforschung der Rahmenbedingungen und aus der Auseinandersetzung mit Berichten Betroffener hat sich ergeben, dass die Gefahr der Verletzung elementarer Persönlichkeitsrechte und des Missbrauchs erzieherischer Gewalt immer dann steigt, wenn in sich geschlossene Systeme existieren, die Ausbildung der pädagogischen Kräfte unzureichend ist und eine fachliche Weiterentwicklung der Jugendhilfekonzepte und -praxis nicht vorgenommen wird. Heute hat sich in der Folge der „Heimkampagne“, beginnend im Jahr 1968, eine erhebliche Professionalisierung eingestellt und fachlich anerkannte Standards sind hinsichtlich der Rah-

menbedingungen inzwischen etabliert. Politik und Freie Wohlfahrtspflege sind nun aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch weiterhin die Rechte junger Menschen in Einrichtungen der Erziehungshilfen geschützt sind, indem unvertretbare Absenkungen fachlich anerkannter Standards verhindert werden. Quelle: Pressemitteilung des EREV vom September 2008

► Ausbildung und Beruf

Fortbildungsangebote für 2009. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie Remscheid für musicale Bildung und Medien-erziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Tel.: 02191/794-0, E-Mail: info@akademieremscheid.de, Internet: www.akademieremscheid.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de, Internet: www.psychiatrie.de/dgsp

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: info@deutscher-verein.de, Internet: www.deut-scher-verein.de

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, E-Mail: info@eahonline.de, Internet: www.eahon-line.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flügge-

Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Das Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

straße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de, Internet: www.erev.de
Evangelische Hochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-0, E-Mail: weiterbildung@efh-darmstadt.de, Internet: www.weiterbildung.efhd.de

Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Fort- und Weiterbildung, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 071 41/97 45-282, E-Mail: ifh@eh-ludwigsburg.de, Internet: www.eh-ludwigsburg.de/fw

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Winterstraße 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-538, E-Mail: akademie@caritas.de, Internet: www.caritas-akademien.de

Institut für Innovation und Beratung an der Evangelischen Fachhochschule Berlin e.V., Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, Tel. 030/845 82-245, E-Mail: dmuss@evfh-berlin.de, Internet: www.inib-berlin.de

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-0, E-Mail: igfh@igfh.de, Internet: www.igfh.de

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Preysingstraße 83, 81667 München, Tel.: 089/480 92-12 79, Internet: www.ksfh.de

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, Hartmühlweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/96 71 40, Internet: www.lsju.de

Lebenshilfe Landesverband Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de, Internet: www.lebenshilfe-bayern.de

Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-225, E-Mail: fobi@paritaet.org, Internet: www.bildungswerk.paritaet.org

Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-28 04, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de, Internet: www.blja.bayern.de

Pflegekräfte und Burnout. Viele Pflegekräfte fühlen sich überfordert und glauben, Patienten und Patientinnen etwas schuldig zu bleiben, teilten die von Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld in einer Studie mit. Verminderte Leistungsfähigkeit oder emotionale Erschöpfung drohten im Schnitt einem Zehntel der Beschäftigten der Psychiatrie, in Kliniken und Akutkrankenhäusern einem Viertel. Für die Studie waren von Oktober bis Dezember 2007 insgesamt 389 Klinikangehörige befragt worden. Bei vier von fünf Mitarbeitenden, die unter Rückenschmerzen leiden, spielte Stress nachweislich eine Rolle. Dennoch müsse anstrengende Arbeit nicht zwangsläufig zum Burnout führen, teilten die Forscher und Forscherinnen mit. Menschen, die nur geringen Handlungsspielraum hätten, seien häufiger krank als diejenigen, die weitgehend selbstbestimmt arbeiten können. Die Symptome treffen nicht in erster Linie nur erfahrene Pflegekräfte, betroffen seien Pflegeschüler und -schülerinnen ebenso wie langjährig Beschäftigte.

Quelle: *VdK Zeitung 10.2008*

Tagungskalender

12.2.2009 Nürnberg. Fachtagung: SGB II – Quo vadis? Kommunale Arbeitsmarktpolitik zwischen lokalen Handlungsspielräumen und überregionaler Zentralisierung. Information: SOS-Kinderdorf e.V., SOS-Jugendhilfen, Nürnberg-Fürth-Erlangen, Schweinauer Hauptstraße 29, 90441 Nürnberg, Fax: 09 11/929 83-22

17.2.2009 München. Fachtagung: In Bewegung – Professionalisierung im Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung – Bayerische Herausforderungen und Perspektiven. Information: Hochschule München, c/o Cindy Greiner, E-Mail: cgreiner@hm.edu

26.-27.2.2009 Köln. KGSt-Fachkonferenz: Wir rechnen mit Ihnen! Aber rechnet sich der Bürgerhaushalt? Erfahrungen mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am kommunalen Haushaltsgeschehen. Information: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt, Seminare & Kongresse, Postfach 51 07 20, 50943 Köln, Tel.: 02 21/376 89-88, E-Mail: seminar@kgst.de

27.-29.3.2009 Köln. Jahrestagung des DFKGT: Kunsttherapie – Bewegung im Dialog. Information: Deutscher Fachverband für Kunst- und Gestaltungstherapie/DFKGT, Zukunfts werkstatt Therapie Kreativ gGmbH, Balderbruchweg 35, 47506 Neukirchen-Vluyn. Anmeldung: www.tagung-dfkgt.de

15.-17.4.2009 Wien. 4. Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft. Information: akzept e.V., Südwestkorso 14, 12161 Berlin, Tel.: 030/82 70 69 46, E-Mail: akzeptbuero@yahoo.de, Internet: www.GesundinHaft.eu

6.-8.5.2009 Mainz. Seminar: Kompetent Führen. Führungs aufgaben – Führungsrolle – Führungsinstrumente. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw/

11.-15.5.2009 Weingarten. Seminar für Führungskräfte: Führen in Zeiten der Veränderung. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Tagungshaus Weingarten, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten/Oberschwaben, Tel.: 07 51/56 86-0, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de, Internet: www.akademie-rs.de

12.-14.5.2009 Karlsruhe. EREV-Bundesfachtagung: Lernende Jugendhilfe. Information: Evangelischer Erziehungs verband e.V./EREV, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-0, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

13.-15.5.2009 St. Johann/Pongau-Salzburger Land. 18. Heilpädagogischer Kongress: Was hilft? Wenn wir anderen erfolgreich helfen. Information: Heilpädagogische Gesell schaft Österreich, Landesgruppe Salzburg, J. Madersper gerstraße 25, A-5020 Salzburg, Tel.: 06 76/305 72 70